



Pressemitteilung

Berlin, 6. September 2011

Sanktionen für lange Wartezeiten

Winn warnt: Diese Kuh ist noch nicht vom Eis!

Trotz der zuletzt relativierenden Äußerungen aus dem Gesundheitsministerium zu den geplanten Sanktionsmaßnahmen für Ärzte wegen vermeintlich zu langer Wartezeiten hält der Vorsitzende des Hartmannbundes, Hon.-Prof. Dr. Kuno Winn, eine Entwarnung für verfrüht. "Diese Kuh ist noch nicht vom Eis", sagte Winn heute in Berlin. Angesichts des Jubels aus Teilen der Unionsfraktion und vor dem Hintergrund einer unverminderten Propagandawelle der Krankenkassen sei damit zu rechnen, dass Strafmaßnahmen für angeblich zu lange Wartezeiten auf die eine oder andere Weise Eingang in das Versorgungsgesetz finden. Seitens der Ärzteschaft sei weiterhin höchste Aufmerksamkeit geboten, so Winn.

Kritisch setzte sich Winn in diesem Zusammenhang vor allem mit der Rolle der Krankenkassen auseinander. **"Auch wenn sich die Kassen gern in dieser Rolle sehen: Sie sind eben nicht die Anwälte ihrer Versicherten! Ganz im Gegenteil, die Kassen haben in den Gremien der Selbstverwaltung maßgeblich dazu beigetragen, dass durch die rigide Begrenzung abrechenbarer ärztlicher Leistungen die Wartezeiten steigen und Ärzte ihre Patienten teilweise nur noch eingeschränkt versorgen können"**, so der Hartmannbund-Vorsitzende. Vor diesem Hintergrund sei der permanente öffentliche Aufschrei über die mangelnde Arbeitsbereitschaft einer angeblich überbezahlten deutschen Ärzteschaft scheinheilige Propaganda, die zudem häufig auf fragwürdigen Umfragen beruhe.

HB-Pressestelle
Michael Rauscher (Leiter)
Petra Schröter (Sekretariat)
Tel.: 030 206208-11
Fax: 030 206208-14
E-Mail: presse@hartmannbund.de

Hauptgeschäftsführung
Schützenstr. 6 a
10117 Berlin
Telefon: 030 206208-0
Telefax: 030 206208-29
E-Mail: hb-info@hartmannbund.de
Internet: www.hartmannbund.de

Deutsche Apotheker-
und Ärztebank eG Düsseldorf
Konto-Nr. 120 108 5018
BLZ 300 606 01
Ust.-Nr.: 27/620/56879

Ärztinnen und Ärzte seien gefordert, dies ihren Patienten deutlich zu machen. Der Hartmannbund hat darüber hinaus seine Mitglieder aufgerufen, vor Ort Abgeordnete aus dem Bundestag und den Landtagen zu einer „Praxishospitanz“ einzuladen, damit sie sich vor der letzten Beratungsrunde des Versorgungsgesetzes jenseits der Kassenpolemik selber ein Bild von der Arbeitssituation in der Arztpraxis machen könnten.